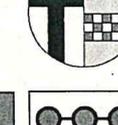




Kollegienkonferenz des Rhein-Sieg-Kreises



Kollegienkonferenz des Rhein-Sieg-Kreises · c/o · Stadt Hennef · Klaus Pipke · Postfach 1562 · 53762 Hennef

An den Ministerpräsidenten des Landes
Nordrhein-Westfalen
Herrn Armin Laschet
Staatskanzlei
Stadttor 1
40219 Düsseldorf

16. Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

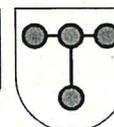
bei der Versorgung der Flüchtlinge kommt es in den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises allein in diesem Haushaltsjahr zu einem erheblichen, in der Regel siebenstelligen Mehraufwand, der durch die Kommunen nicht mehr zu leisten ist.

Die Gründe sind bekannt. Ich möchte die wichtigsten an dieser Stelle nur knapp noch einmal benennen und verweise im Übrigen auf das anliegende ausführliche Schreiben der Stadt Troisdorf an den Städte- und Gemeindebund.

- Es erfolgt keine Beteiligung seitens des Bundes und/oder des Landes NRW an der Finanzierung für Geduldete.
- Dabei lebt eine hohe Anzahl Geduldeter über lange Zeiträume in den Kommunen infolge von
 - Abschiebungshindernissen bei abgelehnten Asylbewerbern,
 - Asylfolgeantragstellung mit Duldungswirkung.
- Verschärft wird aktuell die Problematik dadurch, dass die Bezirksregierungen auf der Grundlage eines Erlasses des Landesinnenministeriums vom 07.12.2016 den Kommunen zunehmend auch Asylsuchende, die sich länger als sechs Monate in den Landesaufnahmeeinrichtungen befinden, zuweisen, obwohl deren Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde und die Menschen damit zur Ausreise verpflichtet sind.

Die Folge sind auch hier die volle Kostenübertragung auf die Kommunen und die massive Mehrbelastung in der Begleitung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der Rhein-Sieg-Kreis eine Wachstumsregion innerhalb Nordrhein-Westfalens ist, so dass sich die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt durch die hier geschilderte Thematik weiter erheblich verschärft.





- In den Fällen nach erfolgter Anerkennung kommt es zu Verzögerungen beim Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II und damit weiteren finanziellen Belastungen der Kommunen durch das Anknüpfen an den Besitz einer Aufenthaltserlaubnis.

Die Situation wird zudem für einzelne Kommunen zusätzlich problematisch, da sie ihren für das kommende Haushaltsjahr verbindlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich im Zuge eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht erreichen werden, trotz aller Bemühungen und den bereits hohen Belastungen durch steigende Bedarfszahlen in der Kindertagesbetreuung und dem erforderlichen OGS-Ausbau.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich ersuche Sie deshalb dringend, die Kommunen finanziell und organisatorisch zu entlasten und die hierfür erforderlichen Änderungen sehr kurzfristig vorzunehmen.

Hierbei geht es im Wesentlichen darum,

- den Kommunen keine Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive zuzuweisen,
- die aktuell zugewiesenen Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive wieder in die Landeseinrichtungen zurückzuführen,
- die Kommunen bei der Versorgung Geduldeter durch Bund und Länder in Form organisatorischer, personeller und finanzieller Hilfen zu entlasten,
- die FlüAG-Pauschalen für die Zeit des Asylfolgeverfahrens zu verlängern,
- die Kommunen durch Zulassen des Rechtskreiswechsels schon mit Eintritt der Unanfechtbarkeit der Feststellung von Abschiebungshindernissen schneller zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Schumacher
Dr. Rolf Schumacher
Alfter

Otto Neuhoff
Otto Neuhoff
Bad Honnef

Wolfgang Henseler
Wolfgang Henseler
Bornheim

R. Storch
Dr. Rüdiger Storch
Eitorf

Klaus Pipke
Klaus Pipke
Hennef

Peter Wirtz
Peter Wirtz
Königswinter

Horst Krüger
Horst Krüger
Lohmar

Bert Spilles
Bert Spilles
Meckenheim

N. Büscher
Norbert Büscher
Much

Nicole Sander
Nicole Sander
Neunkirchen-Seelscheid

Stephan Vehreschild
Stephan Vehreschild
Niederkassel

Stefan Raetz
Stefan Raetz
Rheinbach

Mario Loskill
Mario Loskill
Ruppichteroth

Klaus Schumacher
Klaus Schumacher
Sankt Augustin

Franz Huhn
Franz Huhn
Siegburg

Petra Kalkbrenner
Petra Kalkbrenner
Swisttal

Klaus-Werner Jablonski
Klaus-Werner Jablonski
Troisdorf

Renate Offergeld
Renate Offergeld
Wachtberg

Hans-Christian Lehmann
Hans-Christian Lehmann
Windeck



Durchschrift

Herrn Minister Herbert Reul
Ministerium des Innern des Landes NRW
Friedrichstr. 62-80, 40217 Düsseldorf

Herrn Minister Dr. Joachim Stamp
Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration des Landes NRW
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf

Frau Ministerin Ina Scharrenbach
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

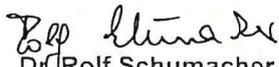
Herrn Landtagsabgeordneten Björn Franken
Herrn Landtagsabgeordneten Jörn Freynick
Frau Landtagsabgeordnete Katharina Gebauer
Herrn Landtagsabgeordneten Oliver Krauß
Landtag NRW
Postfach 101143
Platz des Landtags 1
40002 Düsseldorf

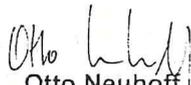
Städte- und Gemeindebund NRW
Postfach 103952
40030 Düsseldorf

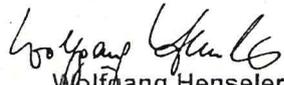
Städtetag NRW
Gereonstraße 18-32
50670 Köln

zur Kenntnis und mit der Bitte um Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

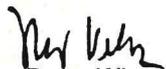

Dr. Rolf Schumacher
Alfter

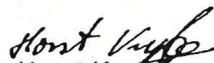

Otto Neuhoft
Bad Honnef


Wolfgang Henseler
Bornheim

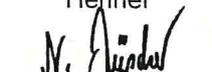

Dr. Rüdiger Storch
Eitorf


Klaus Pipke
Hennef


Peter Wirtz
Königswinter


Horst Krybus
Lohmar

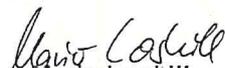

Bert Spilles
Meckenheim

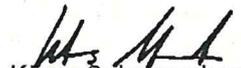

Norbert Büscher
Much


Nicole Sander
Neunkirchen-Seelscheid


Stephan Vehreschild
Niederkassel

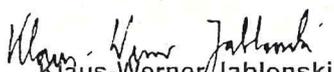

Stefan Raetz
Rheinbach


Mario Loskill
Ruppichteroth


Klaus Schumacher
Sankt Augustin


Franz Huhn
Siegburg


Petra Kalkbrenner
Swisttal


Klaus-Werner Jablonski
Troisdorf


Renate Offergeld
Wachtberg


Hans-Christian Lehmann
Windeck

